

SDG in der globalen Welt – Geschlechtergerechtigkeit in der globalen Welt

Der frühere chinesische Staatspräsidenten Mao Zedong hat einmal gesagt, dass die "Hälfte des Himmels" den Frauen gehöre. Er meinte und versprach damit die Gleichstellung der Geschlechter für sein Land.

Wir können nun überall auf der Welt hinschauen und werden feststellen, so wenig wie Mao sein Versprechen eingelöst hat, so wenig gibt es bisher irgendwo auf der Welt gleiche Rechte für Männer und Frauen. Auf dem Papier, in Gesetzen und Verfassungen werden wir sicher in vielen Staaten dieser Welt die Gleichbehandlung finden – in der Realität sieht es jedoch anders aus.

- Armut ist weiblich: Frauen und Mädchen machen 70 % der in Armut lebenden Menschen in Entwicklungsländern aus und 70 % der Hungernden.
- Dabei produzieren Frauen in Entwicklungsländern bis zu 80 % der Nahrungsmittel. Aber nur 20 % der Landtitel sind an Frauen vergeben.
- Zwei Drittel aller Analphabeten sind Frauen.
- Die Mehrheit der Frauen arbeitet im informellen Sektor, das heißt in Arbeitsverhältnissen, die nicht vertraglich geregelt sind, ohne Sozialschutz, ohne Gesundheitsschutz. In manchen Regionen der Welt sind das 75 % der Frauen. Menschenwürdige Arbeit für Frauen ist die Ausnahme, nicht die Regel.
- Frauen verbringen deutlich mehr Zeit mit unbezahlter Arbeit, vor allem im Haushalt und in der Erziehung und Pflege. Nimmt man die Arbeitszeiten für bezahlte und unbezahlte Arbeit zusammen, arbeiten Frauen im Schnitt länger als Männer, werden dafür aber schlechter entlohnt. Frauen leisten 2/3 der Weltarbeitsstunden, erhalten nur 10 % des Welteinkommens und besitzen 2 % des Weltvermögens.
- In den meisten Ländern ist die politische Beteiligung von Frauen niedrig. Nur 20 % aller Mitglieder nationaler Parlamente sind Frauen. Im Jahr 2016 sind von 176 Staatsoberhäuptern 11 Frauen, während 13 Frauen weltweit die Regierung anführen.
- Schätzungsweise sieben von zehn Frauen werden im Laufe ihres Lebens Opfer von physischer oder sexueller Gewalt – beispielsweise in Form von Vergewaltigung, sexuellem Missbrauch oder Genitalverstümmelung.

Diese Zahlen und Fakten beziehen sich auf den globalen Durchschnitt oder geben die Situation in Entwicklungsländern wider. Doch lassen sie uns auch einen Blick auf unsere eigene Gesellschaft werfen:

Stichwort gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Bei uns liegt der Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen für die gleichen Tätigkeiten und bei gleicher Qualifikation seit Jahren bei 22 Prozent.

Stichwort unbezahlte Arbeit: Ein Indikator dafür ist der Anteil der Frauen, die Elternzeit nehmen: Für im ersten Quartal 2015 geborene Kinder nahmen Männer durchschnittlich 3,1 Monate, Frauen 11,6 Monate Elternzeit in Anspruch.

Auch Gewalt gegen Frauen ist in Deutschland noch weit verbreitet: 35 % aller Frauen in Deutschland waren seit ihrem 15. Lebensjahr Opfer physischer oder sexueller Gewalt. Dies passiert sowohl im häuslichen Bereich als auch in der Öffentlichkeit.

Zwar ist in 2015 ein entsprechendes Gesetz für eine verbindliche Quote von Frauen in Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen verabschiedet worden, die Quote beträgt 30 %, aber für Vorstandsposten gilt sie nicht. Von Gleichstellung der Geschlechter kann damit auch hier noch lange nicht die Rede sein.

Wir haben nun viele Fakten zur Diskriminierung von Frauen und Ungleichheit der Geschlechter gehört. Wir wissen, dass dies die Realität ist, obwohl die Gleichbehandlung von Männern und Frauen in Gesetzen und Verfassungen in vielen Staaten dieser Welt verankert ist. Und dann kommt der September 2015:

193 Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verpflichteten sich, innerhalb von 15 Jahren Gleichstellung zu erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung zu befähigen. Diese Verpflichtung ist Bestandteil der UN Ziele für Nachhaltige Entwicklung.

Was hat es damit auf sich? Die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben sich dazu verpflichtet, nichts weniger als die Transformation unserer Welt bis zum Jahr 2030 zu vollziehen. Dazu wurde ein Plan erarbeitet, die sogenannte Agenda 2030. Sie wird, wenn sie ernst genommen wird, alle Politikbereiche berühren: Von der Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Finanzpolitik über die Agrar- und Verbraucherpolitik bis hin zu Bereichen wie Verkehr, Städtebau, Bildung und Gesundheit.

Bereits mit ihrem Titel „Transformation unserer Welt“ signalisieren die Regierungen den Anspruch, dass die Agenda grundlegende Veränderungen in Politik und Gesellschaft anstoßen soll.

In der Präambel geben die Regierungen geradezu ein Heilsversprechen ab, wenn sie feststellen: „Wenn wir unsere Ambitionen in allen Bereichen der Agenda verwirklichen können, wird sich das Leben aller Menschen grundlegend verbessern und eine Transformation der Welt zum Besseren stattfinden.“ Und noch ein großes Versprechen findet man in der Präambel: „Wir versprechen, auf dieser gemeinsamen Reise,... niemanden zurückzulassen“ – leave no one behind.

Das Herzstück der Agenda 2030 sind 17 Ziele, die sogenannten Nachhaltigen Entwicklungsziele, auf Englisch Sustainable Development Goals oder kurz SDG. Sie haben 169 Unterziele. Die Verpflichtung zur Gleichstellung der Geschlechter ist Ziel Nr. 5.

Wir werden nun nicht 17 Ziele im Detail durchgehen, ihre Bedeutung kann man jedoch anhand von 5 Erkenntnissen deutlich machen.

1. Es geht um menschliche Würde und Armutsreduzierung. Die ersten 6 Ziele beziehen sich auf diesen Bereich. Armut und Hunger sollen beispielsweise beendet, Gesundheit und Bildung gewährleistet werden. In diese Gruppe gehört auch das fünfte Ziel zur Gleichberechtigung der Geschlechter mit seinen 5 Unterzielen.
2. Wir müssen alles, was wir bei der Armutsbekämpfung und in der wirtschaftlichen Entwicklung tun, in den Grenzen des Erdsystems machen.
3. Alle 17 Ziele kann man sich nicht merken, geschweige denn die 169 Unterziele. Aber man kann sie begreifen als einen Orientierungsrahmen, der ein Wohlfahrtsverständnis beschreibt, das für 9-10 Mrd. Menschen realisierbar sein muss.
4. Die ersten 3 Erkenntnisse kann man nur umsetzen, wenn eine wirkliche globale Kooperation entsteht. National ist das nicht erreichbar.
5. Die nachhaltigen Entwicklungsziele sind kein entwicklungspolitisches Programm. Es sind vielmehr universelle Ziele, die nicht nur für Entwicklungsländer gelten. Der Anspruch lautet: Sie haben mit Entwicklung in unserem eigenen Land zu tun und sind ein Leitbild

für unsere Gesellschaft. Deutschland ist damit zum Entwicklungsland geworden. Die 17 Ziele und 169 Unterziele greifen stark ineinander. Das wird auch beim Thema Geschlechtergerechtigkeit deutlich: So werden in insgesamt 8 der 17 Ziele die Themen Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung von Frauen in den jeweiligen Unterzielen aufgegriffen: Beispielsweise im Armuts-, Bildungs-, Klima- und Gesundheits- und im Beschäftigungsziel.

Es ist wichtig, dass wir uns auch den Kontext verdeutlichen: Die nachhaltigen Entwicklungsziele sind in einer Zeit großer Umbrüche und des Wandels entstanden, die 3 Bereiche betreffen:

1. Die Globalisierung.

In diesem Bereich ist vordergründig die ökonomische Globalisierung gemeint, welche neue Formen der Steuerung und Regulierung benötigt. Doch dabei allein bleibt es nicht. Sich mit der Globalisierung auseinanderzusetzen bedeutet auch, sich z.B. mit Bewegungen fliehender Menschen und Fluchtursachen, aber auch mit ökologischen Herausforderungen –kurz gesagt mit vielen Problemen, die Nationalstaaten alleine nicht mehr lösen können, auseinanderzusetzen.

2. Die Machtzunahme nicht-westlicher Akteure.

Bisher war der Westen es gewohnt, die Regeln zu bestimmen, die größten Unternehmen zu beherbergen und Trends zu setzen. Doch mittlerweile werden 80 % des globalen Wachstums im Globalen Süden generiert. Daher ist es wichtig, sich mit den neuen Akteuren auseinander zu setzen, denn mit ihnen muss in Zukunft nach Lösungen gesucht werden.

3. Der globale Umweltwandel.

Unsere Art des Wirtschaftens führt uns langsam an die Grenzen des Erdsystems. Neue Lösungen sind gefragt, auch in Verknüpfung mit einer zunehmenden Einkommensungerechtigkeit, im Lichte der Vollbeschäftigung oder Bekämpfung der Armut.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen kann man sich durchaus fragen, ob die Agenda 2030 als adäquate Antwort ausreicht, eine wirkliche Transformation auszulösen. Dazu würde ich gern kurz ungefähr 25 Jahre zurückgehen, und uns in eine andere Zeit großer Umbrüche zurück denken: der Zerfall der Sowjetunion und des Ostblocks deutete sich an, eine große Demokratiebewegung vollzog sich. Die Frauenbewegung, die Friedensbewegung und die Umweltbewegung hatten ihre Sternstunden. Es war eine Zeit großer gesellschaftlicher Umbrüche, die uns bis heute geprägt hat.

Aus dieser Zeit können wir lernen, dass Gesellschaften Veränderungen erreichen, wenn sie eine Vision haben und wenn es großen Krisendruck gibt – und nicht wenn sie nur Probleme beschreiben.

Ich komme nun noch einmal auf das Thema Geschlechtergerechtigkeit zurück:

1955 beschloss der Deutsche Fußballbund ein Verbot gegen kickende Frauen: Die Begründung der Funktionäre lautete: "Im Kampf um den Ball verschwindet die weibliche Anmut, Körper und Seele erleiden unweigerlich Schaden und das Zurschaustellen des Körpers verletzt Schicklichkeit und Anstand." Sollten die Mitgliedsvereine des DFBs dennoch Damenfußball anbieten, drohte ihnen Strafe. Erst 1970 kippte das Verbot.

Knapp 20 Jahre später, 1989 fand dann die Fußball-Europameisterschaft der Frauen in Deutschland statt und die deutschen Spielerinnen holten zum ersten Mal den Europameistertitel. Die Siegerinnen bekamen als Prämie ein Kaffeeservice und ein Bügelbrett vom DFB überreicht.

Das ist erst 45 bzw. 25 Jahre her und die Welt, auch die des Frauenfußballs, sieht heute völlig anders aus. Veränderungen sind möglich!

Es ist völlig klar: Gesellschaftliche Veränderungen können nicht „von oben“ durch die Vereinten Nationen verordnet werden. Zudem ist die Agenda 2030 nicht völkerrechtlich bindend, keines der Ziele kann eingeklagt werden. Aber: Die nachhaltigen Entwicklungsziele können den Rahmen für Veränderungsprozesse liefern, weil sie eine Vision zur Gestaltung einer umweltfreundlichen, sozial gerechten, ökonomisch erfolgreichen und kulturell vielfältigen und geschlechtergerechten Gesellschaft beschreiben.

Dreh- und Angelpunkt für den Erfolg der Agenda 2030 wird die Umsetzung auf nationaler Ebene sein. Alle 17 nachhaltigen Entwicklungsziele und die Unterziele sind auch für Deutschland gültig.

Sie betreffen die deutsche Politik in dreifacher Hinsicht: in, mit und durch Deutschland!

1. Ziele, die die interne Situation Deutschlands betreffen: Deutschland ist Entwicklungsland

Hierzu zählen z.B. die Halbierung des Anteils der Armen in Deutschland und die Verringerung des Anteils der Jugendlichen ohne Schulabschluss. Aber auch die Geschlechtergleichstellung.

2. Ziele, bei denen deutsche Politik und wirtschaftliches Handeln externe Effekte haben.

Hierzu zählen Ziele wie die Reduzierung des Ressourcenverbrauchs oder das Umsteuern bei nicht nachhaltigen Konsum- und Produktionsweisen.

3. Und schließlich gibt es Ziele, die die internationale Verantwortung Deutschlands betreffen. Dies sind z.B. die klassischen entwicklungspolitischen Verpflichtungen wie 0,7 % des Bruttoinlandsproduktes für Entwicklungszusammenarbeit bereit zu stellen. Aber auch, alle Politikbereiche kohärent zu gestalten, so dass beispielsweise nicht das, was durch Handelspolitik an Armut und Ungleichheit verursacht wird, durch Entwicklungspolitik wieder gerade gerückt werden muss.

In Deutschland soll die nationale Nachhaltigkeitsstrategie die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele sicherstellen. Grundsätzliche Aufgabe der Nachhaltigkeitsstrategie ist es, das Handeln der Bundesregierung an Nachhaltigkeitskriterien auszurichten. Das heißt, die globalen Ziele sollen auf die Situation in Deutschland heruntergebrochen werden. Im Herbst dieses Jahres wird die neue Nachhaltigkeitsstrategie vom Bundeskabinett beschlossen.

Für die Umsetzung der SDG können wir aber durchaus den Weg über die Bundesländer weiter bis in die Kommunen gehen. Zunächst gilt hier für Nordrhein-Westfalen, dass die Landesregierung im Juni 2016 eine Nachhaltigkeitsstrategie für NRW beschlossen hat. Nordrhein-Westfalen verpflichtet sich damit als erstes Bundesland, die globalen Nachhaltigkeitsziele umzusetzen und hat dazu ein Ziel- und Indikatorensystem für zentrale Handlungsfelder festgelegt.

Außerdem werden gerade in 15 nordrhein-westfälischen Städten, Kreisen und Gemeinden eigene Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt, die die UN-Nachhaltigkeitsziele auf regionale und lokale Anforderungen herunterbrechen.

Um solche Initiativen zu starten, aber auch um z.B. die nationale Nachhaltigkeitsstrategie zu entwickeln und kritisch zu begleiten, ist eine kritische Zivilgesellschaft und eine informierte Öffentlichkeit gefragt.

Ob die SDG zu einem gewissen Erfolg führen werden oder scheitern hängt auch davon ab, wie viele einzelne Menschen, zivilgesellschaftliche Gruppen, Religionsgemeinschaften, Parteien, Journalistinnen und Journalisten, Wirtschaftsverbände, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Regierungen und internationale Institutionen sich für ihre Umsetzung stark machen.